

1964	Ausgegeben zu Bonn am 5. März 1964	Nr. 8
Tag	Inhalt	Seite
23. 2. 64	Gesetz zu dem Vertrag vom 19. April 1962 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guinea über die Förderung von Kapitalanlagen	145
23. 2. 64	Gesetz zu dem Vertrag vom 16. Mai 1961 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Togo über die Förderung der Anlage von Kapital	154
23. 2. 64	Gesetz zu dem Protokoll vom 7. November 1962 zur Verlängerung der Geltungsdauer der Erklärung vom 18. November 1960 über den vorläufigen Beitritt Argentiniens zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen	165
23. 2. 64	Gesetz zu dem Sonderabkommen vom 7. Dezember 1957 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Belgien über Arbeitslosenversicherung	170
25. 2. 64	Gesetz zu dem Übereinkommen Nr. 114 der Internationalen Arbeitsorganisation vom 19. Juni 1959 über den Heuervertrag der Fischer	179
28. 2. 64	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes vom 22. Juni 1954 über den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen der Sonderorganisationen der Vereinten Nationen vom 21. November 1947 und über die Gewährung von Vorrechten und Befreiungen an andere zwischenstaatliche Organisationen	187
27. 2. 64	Siebenundvierzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 (Zollkontingente 1964 — gewerbliche Waren — II. Teil)	188
26. 2. 64	Neunundvierzigste Verordnung zur Änderung des Deutschen Zolltarifs 1963 (Änderung des Gemeinsamen Zolltarifs der EWG — II. Teil)	191
22. 1. 64	Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Welturheberrechtsabkommens	192

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 19. April 1962
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guinea
über die Förderung von Kapitalanlagen**

Vom 23. Februar 1964

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 19. April 1962 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guinea über die Förderung von Kapitalanlagen, dem Protokoll und dem Briefwechsel vom gleichen Tage wird zugestimmt. Der Vertrag, das Protokoll und der Briefwechsel werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 3

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 13 Abs. 2 sowie das Protokoll und der Briefwechsel in Kraft treten, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

—
Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 23. Februar 1964

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Mende

Der Bundesminister des Auswärtigen
Dr. Schröder

Der Bundesminister für Wirtschaft
Schmücker

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Guinea
über die Förderung von Kapitalanlagen

Traité
entre la République fédérale d'Allemagne
et la République de Guinée
relatif à l'encouragement des investissements de capitaux

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK GUINEA

IN DEM WUNSCH, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

IN DEM BESTREBEN, günstige Bedingungen für Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften des einen Staates im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen und

IN DER ERKENNTNIS, daß eine Förderung und ein vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren —

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Anlage von Kapital durch Staatsangehörige und Gesellschaften der anderen Vertragspartei durch geeignete Maßnahmen fördern, diese Anlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen und die Erteilung der erforderlichen Genehmigungen wohlwollend erwägen. Sie werden diese Kapitalanlagen in jedem Fall gerecht und billig behandeln.

Artikel 2

Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich der in ihrem Eigentum oder unter ihrem Einfluß stehenden Kapitalanlagen, hinsichtlich ihrer beruflichen und wirtschaftlichen Betätigung im Zusammenhang mit diesen Kapitalanlagen sowie hinsichtlich der Verwaltung, der Nutzung und des Gebrauchs derselben nicht ungünstigeren Bedingungen unterwerfen als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 3

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet werden. Die Entschädigung muß dem Wert der Kapitalanlage zum Zeitpunkt

LA RÉPUBLIQUE FÉDÉRALE D'ALLEMAGNE

et

LA RÉPUBLIQUE DE GUINÉE

DÉSIREUSES d'approfondir la coopération économique entre les deux États,

SOUCIEUSES de créer des conditions favorables à l'investissement de capitaux par des ressortissants et des sociétés de l'un des deux États sur le territoire de l'autre État et

RECONNAISSANT qu'un encouragement et une protection contractuelle de ces investissements sont susceptibles de stimuler l'initiative économique privée et d'augmenter la prospérité des deux nations —

SONT CONVENUES DE CE QUI SUIT:

Article 1^{er}

Chaque Partie Contractante encouragera par des moyens appropriés l'investissement de capitaux dans son territoire par des ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante, admettra ces investissements en conformité de sa législation et considérera avec bienveillance la question de l'octroi des autorisations nécessaires. Elle traitera ces investissements, dans chaque cas, de façon juste et équitable.

Article 2

Aucune Partie Contractante ne soumettra, sur son territoire, les ressortissants et les sociétés de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les investissements dont ils sont propriétaires ou qui sont soumis à leur influence, l'activité professionnelle et économique qu'ils exercent en connexion avec ces investissements ainsi que l'administration, la jouissance et l'utilisation de ces investissements, à des conditions moins favorables que celles auxquelles sont soumis ses propres ressortissants et sociétés ou les ressortissants et sociétés d'États tiers.

Article 3

(1) Les investissements de ressortissants et de sociétés d'une Partie Contractante jouiront sur le territoire de l'autre Partie Contractante d'une protection et d'une sécurité intégrales.

(2) Les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante ne pourront être expropriés de leurs investissements sur le territoire de l'autre Partie Contractante que pour des raisons d'utilité publique et contre indemnisation. L'indemnité devra correspondre à la valeur de l'in-

der Enteignung entsprechen, tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein sowie unverzüglich geleistet werden. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung muß für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige und Gesellschaften einer Vertragspartei, deren Kapitalanlagen durch bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Schäden erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Ausgleichszahlungen oder sonstigen Entschädigungen nicht ungünstiger behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften. Hinsichtlich des Transfers solcher Leistungen verpflichten sich die Vertragsparteien, die Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht ungünstiger zu behandeln als in entsprechenden Fällen die Staatsangehörigen und Gesellschaften eines dritten Staates.

(4) Die Absätze 1, 2 und 3 gelten auch für Erträge von Kapitalanlagen.

(5) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen und Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Meistbegünstigung.

Artikel 4

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei den Transfer des Kapitals und der Erträge sowie im Falle der Liquidation den Transfer des Erlöses.

Artikel 5

Falls eine Vertragspartei einem ihrer Staatsangehörigen oder einer ihrer Gesellschaften auf Grund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage Zahlungen leistet, so erkennt die andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte und Ansprüche dieses Staatsangehörigen oder dieser Gesellschaft auf die erstgenannte Vertragspartei kraft Gesetzes oder auf Grund eines Rechtsgeschäftes sowie den Eintritt dieser Vertragspartei in alle diese Rechte und Ansprüche an. Für den Transfer der auf Grund des Rechtsüberganges an die Vertragspartei zu leistenden Zahlungen gelten Artikel 3 Abs. 2, 3 und 4 und Artikel 4 sinngemäß.

Artikel 6

(1) Soweit die Beteiligten nicht mit Billigung der zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, eine abweichende Regelung getroffen haben, erfolgen Transferierungen nach Artikel 3 Abs. 2, 3 und 4, nach Artikel 4 oder Artikel 5 unverzüglich und zu dem für laufende Geschäfte am Tage des Transfers gültigen Kurs.

(2) Der für laufende Geschäfte gültige Kurs beruht auf dem mit dem Internationalen Währungsfonds vereinbarten Paritätswert (par value) und muß innerhalb der nach Artikel IV Abschnitt 3 des Abkommens über den Internationalen Währungsfonds zugelassenen Schwankungsbreite beiderseits der Parität (parity) liegen.

vestissement au moment de l'expropriation, être effectivement réalisable, librement transférable et être versée sans délai. Au moment de l'expropriation, au plus tard, il sera pourvu à la fixation de l'indemnité et du mode de son versement. La légalité de l'expropriation et le montant de l'indemnité devront pouvoir être vérifiés par une procédure judiciaire ordinaire.

(3) Les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante, dont les investissements auraient subi des dommages par l'effet d'un conflit armé, d'une révolution ou d'une émeute dans le territoire de l'autre Partie Contractante, bénéficieront de la part de l'autre Partie Contractante, en ce qui concerne les restitutions, indemnités, compensations ou autres dédommagements, d'un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé aux ressortissants et sociétés de cette Partie. En ce qui concerne le transfert de tels paiements, les Parties Contractantes s'engagent mutuellement à accorder aux ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement qui ne sera pas moins favorable que celui accordé dans des cas analogues, aux ressortissants et sociétés d'un État tiers.

(4) Les dispositions des paragraphes 1, 2 et 3 ci-dessus sont également applicables au produit des investissements.

(5) En ce qui concerne les matières réglées par le présent article, les ressortissants et sociétés d'une Partie Contractante jouiront des le territoire de l'autre Partie Contractante du traitement de la nation la plus favorisée.

Article 4

Chaque Partie Contractante garantit aux ressortissants et sociétés de l'autre Partie Contractante le transfert du capital investi et du produit de ce capital et, en cas de liquidation, du produit de la liquidation.

Article 5

Si une Partie Contractante, en vertu d'une garantie donnée pour un investissement, effectue des versements à l'un de ses ressortissants ou à l'une de ses sociétés, l'autre Partie Contractante, sans préjudice des droits de la première Partie Contractante découlant de l'article 10, reconnaîtra la transmission par l'effet de la loi ou d'un contrat, de tous les droits et revendications de ce ressortissant ou de cette société à la première Partie Contractante ainsi que la subrogation en sa faveur de tous ces droits et revendications. En ce qui concerne le transfert des versements à effectuer à la Partie Contractante en vertu de la transmission des droits, les dispositions de l'article 3, paragraphes 2, 3 et 4 et de l'article 4 sont applicables mutatis mutandis.

Article 6

(1) Pour autant que les intéressés n'aient pas conclu d'arrangement contraire avec l'approbation des autorités compétentes de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement, les transferts au titre de l'article 3, paragraphes 2, 3 et 4, de l'article 4 ou de l'article 5 seront effectués sans délai et au cours de change valable à la date du transfert pour les opérations courantes.

(2) Le cours applicable aux opérations courantes est basé sur le pair (par value) convenu avec le Fonds Monétaire International et ne doit pas dépasser la marge d'oscillation, admise aux termes de l'article IV section 3 de l'Accord relatif au Fonds Monétaire International, de part et d'autre de la parité (parity).

(3) Besteht in bezug auf eine Vertragspartei im Zeitpunkt der Transferierung kein Umrechnungskurs im Sinne von Absatz 2, so wird der amtliche Kurs angewandt, den diese Vertragspartei für ihre Währung im Verhältnis zum US-Dollar oder zu einer anderen frei konvertierbaren Währung oder zum Gold festgelegt hat. Ist auch ein solcher Kurs nicht festgelegt, so lassen die zuständigen Stellen der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sich die Kapitalanlage befindet, einen Umrechnungskurs zu, der gerecht und billig ist.

Artikel 7

Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag vorgesehen ist, so bleibt diese Regelung durch den vorliegenden Vertrag unberührt. Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei übernommen hat.

Artikel 8

(1) Der Ausdruck „Kapitalanlagen“ umfaßt alle Vermögenswerte, insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte, wie Hypotheken, Pfandrechte, Nießbrauch oder dergleichen;
- b) Anteilsrechte an Gesellschaften und andere Arten von Beteiligungen;
- c) Ansprüche auf Geld oder Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
- d) Urheberrechte, Rechte des gewerblichen Eigentums, technische Verfahren, Handelsnamen und Goodwill;
- e) Betriebskonzessionen auf Grund öffentlichen Rechts, einschließlich Konzessionen zur Aufsuchung, Förderung oder Gewinnung von Bodenschätzen, die ihrem Inhaber eine Rechtsstellung von einiger Dauer geben.

Eine Veränderung in der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, läßt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt.

(2) Der Ausdruck „Erträge“ bezeichnet diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage als Gewinn oder Zinsen entfallen.

(3) Der Ausdruck „Staatsangehörige“ bezeichnet

- a) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland: Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;
- b) in bezug auf die Republik Guinea: diejenigen Personen, die nach den Rechts- und Verwaltungsvorschriften über die guineische Staatsangehörigkeit Guineer sind.

(4) Im Sinne dieses Vertrages bezeichnet der Ausdruck „Gesellschaften“ einer Vertragspartei

jede juristische Person sowie jede Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei hat und nach

(3) Si, pour l'une des Parties Contractantes, il n'existe pas, à la date du transfert, de cours de change au sens du paragraphe 2, sera applicable le cours officiel fixé par cette Partie Contractante pour sa monnaie nationale par rapport au dollar U.S. ou à une autre monnaie librement convertible ou à l'or. Si un tel cours n'est pas fixé non plus, les autorités compétentes de la Partie Contractante dans le territoire de laquelle se trouve l'investissement admettront un cours de change juste et équitable.

Article 7

S'il résulte des dispositions légales de l'une des Parties Contractantes ou d'obligations internationales, existant actuellement ou qui seront fondées à l'avenir entre les Parties Contractantes à côté du présent Traité, un règlement qui accorde aux investissements de ressortissants et de sociétés de l'autre Partie Contractante un traitement plus favorable que celui prévu dans le présent Traité, ce dernier n'affectera pas le règlement en question. Chaque Partie Contractante se conformera à tous autres engagements relatifs aux investissements de ressortissants ou de sociétés de l'autre Partie Contractante auxquels elle aura souscrit.

Article 8

(1) Le terme « investissements » comprend toutes les catégories de biens, notamment, mais non exclusivement

- a) la propriété de biens meubles et immeubles et tous autres droits réels tels qu'hypothèques, droits de gage, usufruit etc.;
- b) les droits de participation à des sociétés et autres sortes de participations;
- c) les créances pécuniaires ou celles relatives à des prestations présentant une valeur économique;
- d) les droits d'auteur, droits de propriété industrielle, procédés techniques, noms commerciaux et goodwill;
- e) les concessions d'entreprise en vertu du droit public, y compris les concessions de recherche, d'extraction ou d'exploitation des richesses du sol qui donnent à leur détenteur un statut légal d'une certaine durée.

Les modifications de la forme sous laquelle des biens sont investis n'affecteront pas leur qualité d'investissements.

(2) On entend par « produits » les sommes versées à titre de bénéfice ou d'intérêt sur des investissements.

(3) On entend par « ressortissants »

- a) au regard de la République fédérale d'Allemagne: les Allemands au sens de la Loi fondamentale pour la République fédérale d'Allemagne;
- b) au regard de la République de Guinée: les personnes jouissant de la qualité de Guinéen conformément aux dispositions législatives et réglementaires sur la nationalité guinéenne.

(4) On entend par « sociétés » d'une Partie Contractante aux termes du présent Traité:

toute personne morale ainsi que toute société de commerce et autre société ou association, avec ou sans personnalité juridique, ayant son siège sur le territoire d'une Partie Contractante et constituée

den Gesetzen zu Recht besteht, gleichviel ob die Haftung ihrer Gesellschafter, Teilhaber oder Mitglieder beschränkt oder unbeschränkt und ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 9

Diesem Vertrag unterliegen auch Kapitalanlagen, die schon vor seinem Inkrafttreten, jedoch nicht vor dem 5. April 1962 von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei in Übereinstimmung mit deren Rechtsvorschriften vorgenommen wurden.

Artikel 10

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrages sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, in dem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen, der von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, daß sie die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

Die Bestimmungen dieses Vertrages bleiben auch für den Fall von Auseinandersetzungen zwischen den Vertragsparteien in Kraft, unbeschadet des Rechts zu vorübergehenden Maßnahmen, die auf Grund der allgemeinen Regeln des Völkerrechts zulässig sind. Maßnahmen solcher Art werden spätestens im Zeitpunkt der tatsächlichen Beendigung der Auseinandersetzung aufgehoben, unabhängig davon, ob die diplomatischen Beziehungen wiederhergestellt sind.

légalement en conformité de sa législation, indépendamment de la question de savoir si la responsabilité de ses associés, participants ou membres est limitée ou illimitée et si son activité a un but lucratif ou non.

Article 9

Sont également soumis aux dispositions du présent Traité les investissements que des ressortissants ou des sociétés de l'une des Parties Contractantes ont, en conformité de la législation de l'autre Partie Contractante, effectués sur le territoire de cette dernière dès avant l'entrée en vigueur du présent Traité, mais pas avant le 5 avril 1962.

Article 10

(1) Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application du présent Traité doivent, si possible, être réglés par les Gouvernements des deux Parties Contractantes.

(2) Si un différend ne peut être réglé de cette façon, il sera soumis à un tribunal d'arbitrage sur demande de l'une des deux Parties Contractantes.

(3) Le tribunal d'arbitrage sera constitué ad hoc; chaque Partie Contractante nommera un membre et les deux membres se mettront d'accord pour choisir comme président le ressortissant d'un État tiers qui sera nommé par les Gouvernements des deux Parties Contractantes. Les membres seront nommés dans un délai de deux mois, le président dans un délai de trois mois après que l'une des Parties Contractantes aura fait savoir à l'autre qu'elle désire soumettre le différend à un tribunal d'arbitrage.

(4) Si les délais prévus au paragraphe 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque Partie Contractante pourra prier le Président de la Cour Internationale de Justice de procéder aux nominations nécessaires. Au cas où le Président serait ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes, ou s'il était empêché pour une autre raison, il incomberait au Vice-Président de procéder aux nominations. Si le Vice-Président était, lui aussi, ressortissant de l'une des deux Parties Contractantes ou s'il était également empêché, c'est au membre de la Cour suivant immédiatement dans la hiérarchie et qui n'est pas ressortissant de l'une des Parties Contractantes qu'il appartiendrait de procéder aux nominations.

(5) Le tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité des voix. Ses décisions sont obligatoires. Chaque Partie Contractante prendra à sa charge les frais occasionnés par l'activité de l'arbitre qu'elle a nommé ainsi que les frais de sa défense dans la procédure devant le tribunal d'arbitrage; les frais du président ainsi que les autres frais sont assumés à parts égales par les deux Parties Contractantes. Le tribunal d'arbitrage peut fixer un autre règlement concernant les dépens. Pour le reste, le tribunal d'arbitrage règle lui-même sa procédure.

Article 11

Les dispositions du présent Traité resteront en vigueur même en cas de conflits qui naîtraient entre les Parties Contractantes, sans préjudice du droit de prendre des mesures provisoires admissibles en vertu des règles générales du droit international. Les mesures de ce genre seront abrogées au plus tard au moment de la cessation effective du conflit, que les relations diplomatiques aient été rétablies ou non.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt — mit Ausnahme der Bestimmungen der Protokollziffer 7, die sich auf die Luftfahrt beziehen — auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Republik Guinea innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieses Vertrages eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 13

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Conakry ausgetauscht werden.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt zehn Jahre lang in Kraft und verlängert sich auf unbegrenzte Zeit, sofern er nicht ein Jahr vor seinem Ablauf von einer der beiden Vertragsparteien schriftlich gekündigt wird. Nach Ablauf von zehn Jahren kann der Vertrag jederzeit gekündigt werden, bleibt jedoch nach erfolgter Kündigung noch ein Jahr in Kraft.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens des Vertrages vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 12 noch für weitere zwanzig Jahre vom Tage der Beendigung dieses Vertrages an.

GESCHEHEN zu Bonn am 19. April 1962 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Für die République fédérale d'Allemagne:

Lahr

Für die Republik Guinea:
Für la République de Guinée:

Diakité

Article 12

À l'exception des dispositions du paragraphe 7 du Protocole relatives à la navigation aérienne, le présent Traité s'appliquera également au Land de Berlin sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République de Guinée dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur du présent Traité.

Article 13

(1) Le présent Traité sera ratifié; l'échange des instruments de ratification aura lieu aussi tôt que possible à Conakry.

(2) Le présent Traité entrera en vigueur un mois après l'échange des instruments de ratification. Il restera en vigueur pendant dix ans et sera prolongé pour une durée indéterminée à moins d'être dénoncé par écrit par l'une des deux Parties Contractantes un an avant son expiration. A l'expiration de la période de dix ans, le Traité pourra être dénoncé à tout moment, mais il restera encore en vigueur pendant un an après sa dénonciation.

(3) Pour les investissements effectués avant la date d'expiration du Traité, les articles 1 à 12 resteront encore applicables pendant vingt ans à partir de la date d'expiration du présent Traité.

FAIT à Bonn, le 19 avril 1962 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Protokoll

BEI DER UNTERZEICHNUNG des Vertrages über die Förderung von Kapitalanlagen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Guinea haben die unterzeichneten Bevollmächtigten außerdem folgende Vereinbarungen getroffen, die als Bestandteile des Vertrages betrachtet werden sollen:

(1) Die Vertragsparteien erklären die Absicht, zur Vertiefung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen Verhandlungen über den Abschluß eines Niederlassungsvertrages aufzunehmen, der Regelungen folgender Angelegenheiten umfassen soll:

Einreise und Ausreise, vorübergehender und ständiger Aufenthalt, Ausweisungsschutz, Aufnahme und Ausübung wirtschaftlicher und beruflicher Tätigkeiten, Gründung von und Beteiligung an Unternehmen ohne kapitalmäßige Beschränkungen, Arbeitserlaubnisse für leitendes und technisches Personal, Schutz und Sicherheit der Person und des Vermögens, freier Zugang zu den Gerichten, Vertragsfreiheit, Erwerb von Grundstücks- und sonstigem Eigentum, Zulassung als Schiedsrichter.

(2) Zu Artikel 1

Jede Vertragspartei kann in Übereinstimmung mit ihren Gesetzen und Rechtsvorschriften im Rahmen des Artikels 1 darüber entscheiden, ob sie eine erforderliche Genehmigung erteilt. Ist die Genehmigung erteilt, genießt die Kapitalanlage den vollen Schutz dieses Vertrages.

(3) Zu Artikel 2

- a) Jede Vertragspartei kann im Interesse ihrer nationalen Wirtschaft bei der Zulassung einer Kapitalanlage von Staatsangehörigen und Gesellschaften der anderen Vertragspartei mit diesen in der Zulassungsurkunde besondere Bedingungen hinsichtlich
- a) der Verwaltung der Kapitalanlage
 - b) der wirtschaftlichen Betätigung
 - c) des Transfers des Kapitals und des Erlöses im Falle der Liquidation der Kapitalanlage
 - d) der Wiederanlage der Erträge der Kapitalanlage
 - e) der Ausbildung und Beschäftigung ihrer eigenen Staatsangehörigen vereinbaren.

Sind Bedingungen dieser Art vereinbart, so werden die Bestimmungen der Artikel 2, 4 und 6 Abs. 1 dieses Vertrages insoweit nicht angewandt.

- b) Als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2 werden insbesondere angesehen: jede Einschränkung des Bezuges von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, jede Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „ungünstigere Bedingungen“ im Sinne des Artikels 2.
- c) Artikel 2 findet auf die Einreise, den Aufenthalt und die Beschäftigung als Arbeitnehmer keine Anwendung.

Protocole

LORS DE LA SIGNATURE du Traité relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, conclu entre la République fédérale d'Allemagne et la République de Guinée, les Plénipotentiaires soussignés sont convenus, en outre, des arrangements suivants qui seront considérés comme formant partie intégrante du Traité:

(1) Les Parties contractantes déclarent leur intention, afin d'approfondir leurs relations économiques, d'entamer des négociations en vue de la conclusion d'un Traité d'Établissement qui réglera les questions suivantes:

entrée et sortie, séjour temporaire et permanent, protection contre l'expulsion, admission à des activités économiques et professionnelles et exercice de ces activités, fondation d'entreprises sans limitation de capital et participation à ces entreprises, autorisations de travail pour personnel dirigeant et personnel technique, protection et sécurité de la personne et de la propriété, libre accès aux tribunaux, liberté de conclure des contrats, acquisition de fonds immobiliers et autre biens, admission à la fonction d'arbitre.

(2) ad article 1^{er}

Chaque Partie contractante pourra, en conformité avec ses dispositions légales et réglementaires, décider dans le cadre de l'article 1^{er} si elle accordera une autorisation nécessaire. Si l'autorisation est accordée, l'investissement de capital jouira de l'entière protection du présent Traité.

(3) ad article 2

- a) Chaque Partie contractante pourra dans l'intérêt de son économie nationale, lors de l'admission d'un investissement effectué par des ressortissants ou des sociétés de l'autre Partie contractante, convenir avec ceux-ci, dans l'acte d'admission, de condition spéciales concernant
- a) l'administration de l'investissement
 - b) l'activité économique
 - c) le transfert du capital investi et, en cas de liquidation du produit de la liquidation
 - d) le réinvestissement du produit de l'investissement
 - e) la formation professionnelle de l'emploi de ses propres ressortissants.

Dans la mesure où des conditions de ce genre sont convenues, les dispositions des articles 2, 4 et 6 paragraphe 1 du présent Traité ne seront pas applicables.

- b) Seront notamment considérées comme « conditions moins favorables » au sens de l'article 2: toute restriction touchant à l'acquisition de matières premières et de matières auxiliaires, de force motrice et de combustibles ainsi que de moyens de production et d'exploitation de tout genre, toute entrave à la vente de produits à l'intérieur du pays et à l'étranger ainsi que toutes autres mesures ayant des effets analogues. Les mesures prises pour des raisons d'ordre, de sécurité et de santé publics ou de moralité ne sont pas considérées comme des « conditions moins favorables » au sens de l'article 2.
- c) L'article 2 ne s'applique pas à l'entrée, au séjour et à l'emploi en tant que salarié.

(4) Zu Artikel 3

Die Bestimmungen des Artikels 3 Absatz 2 gelten auch für die Überführung einer Kapitalanlage in öffentliches Eigentum, ihre Unterstellung unter öffentliche Aufsicht oder ähnliche Eingriffe der öffentlichen Hand. Unter „Enteignung“ ist die Entziehung oder Beschränkung jeden Vermögenswerts oder Rechts, das allein oder mit anderen Vermögenswerten oder Rechten zusammen eine Kapitalanlage bildet, zu verstehen, durch hoheitliche Maßnahmen und in einem Ausmaß, das einer Enteignung gleichkommt.

(5) Zu Artikel 4

Als „Liquidation“ im Sinne des Artikels 4 gilt auch eine zwecks vollständiger oder teilweiser Aufgabe der Kapitalanlage erfolgende Veräußerung.

(6) Zu Artikel 6

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 6 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferformalitäten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Ersuchens und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(7) Jede Vertragspartei wird Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Seeschifffahrt der anderen Vertragspartei an der Beförderung solcher Güter ausschalten oder behindern, die zur Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages bestimmt sind. Dies gilt auch für Güter, die im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder eines dritten Staates mit Mitteln eines Unternehmens angeschafft werden, in dem Kapital im Sinne dieses Vertrages angelegt ist.

Jede Vertragspartei wird alle Maßnahmen unterlassen, die entgegen den Grundsätzen des freien Wettbewerbs die Beteiligung der Luftfahrzeuge der anderen Vertragspartei an der Beförderung von Personen, Gepäck oder Fracht ausschalten oder behindern können, wenn die Beförderung in Zusammenhang mit einer Kapitalanlage im Sinne dieses Vertrages durchgeführt wird. Dies gilt auch, wenn die Beförderung im Hoheitsgebiet einer Vertragspartei oder zwischen diesem und einem dritten Land im Auftrag eines Unternehmens durchgeführt wird, in dem im Sinne dieses Vertrages Kapital angelegt ist.

Die Beförderungsentgelte sind transferierbar entsprechend Artikel 6 dieses Vertrages.

(8) Unbeschadet anderer Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit gilt insbesondere als Staatsangehöriger einer Vertragspartei jede Person, die einen von den zuständigen Behörden der betreffenden Vertragspartei ausgestellten nationalen Reisepaß besitzt.

GESCHEHEN zu Bonn am 19. April 1962 in vier Urschriften, zwei in deutscher und zwei in französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

(4) ad article 3

Les dispositions de l'article 3, paragraphe 2, sont également applicables au passage d'un investissement de capital en propriété publique, à sa mise sous contrôle public ou aux interventions analogues des autorités publiques. On entend par « expropriation » le retrait ou la limitation par mesure souveraine et d'une envergure équivalant à une expropriation, de tout bien ou droit qui, seul ou conjointement avec d'autres biens ou droits, constitue un investissement de capital.

(5) ad article 4

Est également considérée comme « Liquidation » au sens de l'article 4 toute aliénation effectuée en vue d'un renoncement total ou partiel à l'investissement.

(6) ad article 6

Est considéré comme effectué « sans délai » au sens de l'article 6, paragraphe 1 ci-dessus, tout transfert qui a lieu dans le délai normalement nécessaire à l'observation des formalités de transfert. Le délai commencera à courir à la date de l'introduction d'une requête y relative et ne devra en aucun cas dépasser deux mois.

(7) Chaque Partie contractante s'abstiendra de prendre des mesures contraires aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation de la navigation maritime de l'autre Partie contractante au transport des biens destinés aux investissements de capitaux au sens du présent Traité. Cette disposition s'applique également aux biens acquis dans le territoire d'une Partie contractante ou d'un État tiers moyennant des fonds d'une entreprise dans laquelle des capitaux ont été investis au sens du présent Traité.

Chaque Partie contractante s'abstiendra de prendre toute mesure contraire aux principes de la libre concurrence et susceptibles d'éliminer ou d'entraver la participation des aéronefs de l'autre Partie contractante au transport de personnes, de bagages ou de marchandises, si le transport est effectué en connexion avec des investissements au sens du présent Traité. Cette disposition s'applique également si le transport est effectué dans le territoire d'une Partie contractante ou entre celui-ci et un État tiers pour le compte d'une entreprise dans laquelle des capitaux ont été investis au sens du présent Traité. Le montant du revenu des transports sera transférable conformément à l'article 6 du présent Traité.

(8) Sans préjudice d'autres procédés de détermination de la nationalité, est considérée notamment comme ressortissant d'une Partie contractante toute personne qui possède un passeport national délivré par les autorités compétentes de la Partie contractante en question.

FAIT à Bonn, le 19 avril 1962 en quatre exemplaires, dont deux en langue allemande et deux en langue française, chacun des textes faisant également foi.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
Pour la République fédérale d'Allemagne

Lahr

Für die Republik Guinea:
Pour la République de Guinée:

Diakité

Briefwechsel

Le Président
de la Délégation Guinéenne

Der Staatssekretär
im Auswärtigen Amt

Bonn, le 19 avril 1962

Bonn, den 19. April 1962

Monsieur le Secrétaire d'État,

Exzellenz,

Ich beehre mich, den Empfang Ihres heutigen Schreibens zu bestätigen, das — in vereinbarter Übersetzung — folgendes Wortlaut hat:

Me référant au Traité signé ce jour entre la République de Guinée et la République fédérale d'Allemagne et relatif à l'encouragement des investissements de capitaux, j'ai l'honneur de confirmer qu'au cours de nos négociations, un accord supplémentaire a été réalisé sur le point suivant:

„Ich beehre mich, unter Bezugnahme auf den heute unterzeichneten Vertrag zwischen der Republik Guinea und der Bundesrepublik Deutschland über die Förderung der Anlage von Kapital zu bestätigen, daß während unserer Verhandlungen zusätzlich Einverständnis über folgendes erzielt wurde:

« Entendant faciliter les opérations et encourager le développement des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands en Guinée, le Gouvernement de la République de Guinée, avant même l'entrée en vigueur d'un Traité d'Établissement dont la négociation est envisagée, accordera aux ressortissants allemands qui, en connexion avec des investissements de capitaux effectués par des ressortissants ou des sociétés allemands, désireraient entrer, séjourner et/ou exercer une activité de salarié dans la République de Guinée, les autorisations nécessaires, à moins que des raisons d'ordre, de sécurité, de santé publics ou de moralité ne s'y opposent.»

„In der Absicht, die Vornahme und Entwicklung von Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in Guinea zu erleichtern und zu fördern, wird die Regierung der Republik Guinea bereits vor dem Inkrafttreten eines Niederlassungsabkommens, über dessen Abschluß Verhandlungen vorgesehen sind, deutschen Staatsangehörigen, die im Zusammenhang mit Kapitalanlagen deutscher Staatsangehöriger und Gesellschaften in der Republik Guinea einreisen und sich dort aufhalten wollen und/oder eine Tätigkeit als Arbeitnehmer ausüben, die erforderlichen Genehmigungen erteilen, soweit nicht Gründe der öffentlichen Ordnung, Sicherheit, Volksgesundheit und Sittlichkeit entgegenstehen.“

Je vous serais reconnaissant de bien vouloir confirmer cet accord.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie dieses Einverständnis bestätigen würden.“

Ich beehre mich, das vorstehende Einverständnis zu bestätigen.

Veillez agréer, Monsieur le Secrétaire d'État, l'expression de ma plus haute considération.

Genehmigen Sie, Exzellenz, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Diakité

Lahr

Son Excellence
Le Secrétaire d'État dans
le Ministère des Affaires Étrangères
de la République fédérale d'Allemagne
M. Rolf Lahr
Bonn

Seiner Exzellenz
Herrn Minister Moussa Diakité
Gouverneur der Zentralbank
von Guinea